

Der demografische Wandel als Wirtschaftsfaktor

Heinze, Rolf G.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heinze, R. G. (2006). Der demografische Wandel als Wirtschaftsfaktor. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 3023-3033). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-143200>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Der demografische Wandel als Wirtschaftsfaktor

Rolf G. Heinze

Wichtigster Bestandteil der Debatte um den demografischen Wandel ist in Deutschland die »Alterung« der Gesellschaft. Vor allem die schrumpfende Bevölkerung und die höhere Lebenserwartung stehen im Zentrum, viele sprechen vom »Dilemma der Demographie«, vom »Krieg der Generationen«. Bücher wie »Das Methusalem-Komplott« (Schirrmacher 2004) beherrschen die Medien und werden in der Öffentlichkeit breit rezipiert.

Der demografische Wandel umfasst jedoch nicht nur die Bevölkerungsentwicklung in den Dimensionen Fertilität und Mortalität, sondern auch die Binnen- und Außenwanderungen müssen bedacht werden. Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland wurde in den letzten vierzig Jahren zentral durch die Zuwanderung von Ausländern beeinflusst (zwischen 1960 und 2002 rund 26,7 Millionen Migranten). Im Jahr 2002 lebten in Deutschland rund 7,3 Millionen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Hinzu kommen Bevölkerungsgruppen, die keine Ausländer, aber oft von der Migration geprägt sind: Aussiedler (vor allem Spätaussiedler). Allein zwischen 1990 und 1994 sind knapp 1,3 Millionen zugezogen (in den Jahren 2000 bis 2002 kamen noch jeweils knapp 100.000).

Vor dem Hintergrund einer schrumpfenden Gesamtbevölkerungszahl in Deutschland (vgl. zu den Daten Enquetekommission 2002, Datenreport 2004, Institut der deutschen Wirtschaft/Roman Herzog Institut 2004 sowie Birg 2003) konzentriert sich aber gerade die sozialpolitische Diskussion auf den *steigenden Anteil* älterer und hochaltriger Menschen. Während die Geburtenrate seit Jahrzehnten sinkt (in Westdeutschland lag die durchschnittliche Kinderzahl im Jahr 2000 bei 1,41 und in Ostdeutschland bei 1,21), steigt die Lebenserwartung seit Jahrzehnten (bspw. wird ein neu geborenes Mädchen derzeit rund 81 Jahre). Für die sozialen Sicherungssysteme bedeutet dies, dass auf 100 Erwerbstätige (zwischen 20 und 60 Jahren) nicht mehr 40 (wie heute), sondern rund 80 »Rentner« kämen. Und auch die regionalen Disparitäten (nicht nur zwischen einem dicht besiedelten Westen und einem dünn besiedelten Osten) würden sich verschärfen. Angesichts dieser *Herausforderungen* sehen manche den klassischen Sozialstaat »vor dem Offenbarungseid« und sprechen von einer »demografischen Zeitbombe« (Miegel 2002; zur Versachli-

chung der Debatte vgl. u.a. die Beiträge in Enquete-Kommission 2002 und Institut der deutschen Wirtschaft 2004).

Solche dramatisch klingenden Warnungen scheinen vor dem Hintergrund, dass sich die Folgewirkungen des demografischen Wandels schon seit Jahrzehnten abzeichnen und auch in der Soziologie thematisiert wurden (vgl. etwa die Beiträge in Clemens/Backes 1998 und Naegele/Tews 1993 sowie zusammenfassend Kohli 1998 und Weymann 1998: 145ff.) etwas überzogen zu sein, allerdings haben sich die Öffentlichkeit und vor allem die verantwortlichen politischen Akteure mit den neuen Herausforderungen zumeist nur am Rande beschäftigt. Es zeigt sich aber auch anhand dieser Debatte, dass die Soziologie zu den aktuellen gesellschaftspolitischen Diskussionslinien derzeit eine gewisse Distanz hat und in vielen Feldern eher selbstbezüglich auf die eigene wissenschaftsinterne Diskussion fixiert bleibt.

Aus der Zukunftsperspektive einer schrumpfenden und überalterten Gesellschaft ist es nicht überraschend, dass die demografische Herausforderung im Rahmen eines sozialpolitischen Belastungsdiskurses als zentrales Problem für die wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme thematisiert wird. Sowohl in der Renten- und Kranken- als auch der Pflegeversicherung sind schon heute die finanziellen Folgewirkungen dieses sozioökonomischen Wandels zu prognostizieren. In diesem Zusammenhang wirkt sich zudem die Individualisierung und »Singularisierung« der Gesellschaft und der Trend zur Verkleinerung der Haushalte problemverschärfend aus (so bestehen Altenhaushalte heute vornehmlich aus Ein- oder Zweipersonenhaushalten). Der viel beschworene »Generationenvertrag« und konkret das Verhältnis zwischen gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge gerät damit immer stärker in das Zentrum der öffentlichen Debatten.

Aber nicht nur die Alterssicherung ist vom demografischen Wandel betroffen, vielmehr auch der Gesundheitsbereich. Die Verlängerung des Lebens ist nicht umsonst zu haben, sondern muss mit steigenden Ausgaben erkaufte werden: So schlägt im Alter nicht nur die medizinische Versorgung bei den klassischen chronischen Zivilisationserkrankungen (Herz-Kreislauferkrankungen, Diabetes) verstärkt zu Buche, hinzu kommen spezifisch geriatrische Erkrankungen wie Demenz, Alzheimer etc., die nicht nur betreuungsintensiv, sondern auch – da es sich um relativ »neue« Krankheitsbilder handelt – forschungsintensiv sind. In diesem Kontext kann nur eine Gesundheitspolitik, die die Krankheitsvermeidung (und damit die Vorbeugung und Früherkennung) in den Mittelpunkt stellt und den Menschen die Möglichkeit gibt, auch durch neue Technologien (wie etwa die Telemedizin) die Risikofaktoren zu erkennen und sich dementsprechend zu verhalten, als zukunftsfähig bezeichnet werden (vgl. u.a. Brinkmann/Schnee 2003).

Jenseits aller Risiken und Herausforderungen ist die Alterung der Bevölkerung aber auch mit neuen Chancen und *Potenzialen* für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung verknüpft. Allerdings müssen die Ansatzpunkte zur Aktivierung der

Individuen konkret in einzelnen gesellschaftlichen Gestaltungsfeldern herausgearbeitet werden, worauf im folgenden Beitrag in einigen Aspekten eingegangen wird. Dabei wird auch deutlich, dass sich die Soziologie durchaus einmischen und zu den zentralen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen auch Orientierungswissen zur Verfügung stellen kann. Aus dieser Sicht wird auch nicht die Diagnose über den Zustand des Faches geteilt (»Lange Narkose, verwirrtes Erwachen«; vgl. Hartmann 2004), vielmehr kann aus der akademischen Theorieproduktion auch einiges für eine optionale Steuerung des demografischen Wandels geboten werden. Eine eher an dem Strukturwandel des Alters und den damit einhergehenden neuen Handlungsressourcen orientierte Sichtweise zeigt sich auch zunehmend in der gesellschaftlichen Thematisierung des Alters (etwa in der Politik und den Medien); die Aufmerksamkeit richtet sich stärker darauf, wie das Leistungspotenzial Älterer von der Gesellschaft genutzt werden kann. Die Erwartungen reichen von einer

- Ausweitung bürgerschaftlichen Engagements älterer Mitbürger (a), über eine
- Belebung von Arbeitsmärkten und Belegschaften durch eine stärkere Partizipation Älterer am Erwerbsleben (b) bis hin zur
- Debatte um mehr Eigenvorsorge und neuen Wachstumsimpulsen für die »Gewinnerbranchen« des demografischen Wandels (etwa die Gesundheitswirtschaft und spezifische »Seniorenmärkte«) (c).

Die sozioökonomische Nutzung der *Ressourcen* des Alters, die sich anhand der vom demografischen Wandel profitierenden Wirtschaftsbranchen schon heute zeigt, ist allerdings in Deutschland vielfach strategisch noch nicht erkannt worden. Vor allem gilt dies hinsichtlich der Verknüpfung zwischen einer aktivierenden Dienstleistungspolitik und technologischen Innovationen.

Bürgerschaftliches Engagement

Vor diesem kurz skizzierten sozialpolitischen Hintergrund des demografischen Wandels ist nicht überraschend, dass Begriff und Praxis des bürgerschaftlichen Engagements einen erstaunlichen Bedeutungsaufschwung auch im Bereich der Seniorenpolitik erfahren haben. Der von vielen Sozialforschern konstatierte Wandel vom »alten« zum »neuen« Ehrenamt hat auch die älteren Menschen in Deutschland erreicht. Während »klassische« ehrenamtliche Tätigkeiten zumeist für lange Zeiträume des Lebens ausgeübt werden, ist ein Kennzeichen des »neuen« Engagements die zeitliche Befristung des Engagements. So ergaben Befragungen, dass jeder vierte Ältere und jeder dritte der jungen Alten ihr Engagement erst im Rentenalter aufge-

nommen haben (vgl. Olk 2003, Rohleder/Bröscher 2002 sowie die Beiträge in Heinze/Olk 2001).

Nach Ergebnissen aus dem Sozio-oekonomischen Panel sind knapp 30 Prozent der 55- bis 69-Jährigen engagiert (34 Prozent in allen westlichen Bundesländern). Seit Mitte der achtziger Jahre ist eine Ausweitung des freiwilligen sozialen Engagements zu beobachten; die Zahl der Engagierten in der Altersgruppe 55 bis 69 Jahre stieg von 1986 bis 1998 von 21,6 Prozent auf 29,9 Prozent. Die bevorzugten Engagementbereiche Älterer sind der kirchlich-religiöse Bereich, Sport und Bewegung sowie der Bereich Freizeit und Geselligkeit.

Aufgrund der Verlängerung der Lebensphase Alter, der durchschnittlichen Verbesserung des Gesundheitszustands und der guten finanziellen Ressourcenausstattung älterer Menschen wird zunehmend die Frage thematisiert, welche Leistungen man im Hinblick auf die Erhaltung der Solidarität zwischen den Generationen von der älteren Generation erwarten darf. Manche sprechen bereits vor dem Hintergrund des »Ende des Wohlfahrtsstaates« von einem »neuen Generationenpakt« (Opaschowski 2003). Aus soziologischer Sicht geht es um die Auflösung der klassischen sozialen Konstruktion des Alters und des Alterns, was auch bedeutet, dass die durch den ausgebauten Wohlfahrtsstaat verbundene Institutionalisierung des Lebenslaufs infragegestellt wird.

Bereits ein flüchtiger Blick auf die einschlägigen Debatten belegt allerdings, dass das aktuelle gesellschaftliche und politische Interesse am bürgerschaftlichen Engagement (nicht nur) der Älteren in seinen Intentionen als ambivalent zu bewerten ist. Auf der Positivseite steht die Erkenntnis, dass ein lange Zeit verdrängtes und an den Rand der Aufmerksamkeit abgeschobenes Thema einen zentralen Platz im gesellschaftlichen Diskurs zugewiesen bekommt.

Das neue Interesse an bürgerschaftlichen Aktivitäten birgt aber auch Risiken. Einmal aus dem Schatten des Minderheiten- und Expertendiskurses herausgetreten, steht das Phänomen des bürgerschaftlichen Engagements nun in der Gefahr, als kostengünstiger »Lückenbüßer« für minimalstaatliche Sparstrategien instrumentalisiert zu werden. Soziologische Analysen können hier mithelfen, neue sozialpolitische Mythenbildungen zu thematisieren und vielleicht auch ein Stückweit diese Instrumentalisierungsstrategien zu begrenzen.

Partizipation am Erwerbsleben

Hinsichtlich der Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Arbeitswelt wird in den öffentlichen Debatten neben der Alterssicherungsproblematik insbesondere auf die hohe Arbeitslosigkeit unter Älteren und auch zunehmend auf die

zukünftig schwieriger werdende Versorgung der Unternehmen (insbesondere auch der kleineren Unternehmen) mit qualifizierten Erwerbstätigen hingewiesen (vgl. zusammenfassend Naegele 2001 und 2004a, 2004b sowie die Beiträge in Bullinger 2001 und Herfurth u.a. 2003). Bei einer insgesamt schrumpfenden Bevölkerung sinkt auch das Potenzial an Erwerbspersonen und damit könnte sich der bereits heute in einigen Regionen und Branchen beklagte Fachkräftemangel ausdehnen. Ohne eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und eine Abkehr von der Strategie der Frühverrentung werden diese Probleme nicht ansatzweise zu lösen sein. Die bisherigen – im internationalen Vergleich selten aufzufindenden – sozialstaatlichen Sicherungen, die umschrieben werden können mit der Formel »Hohes Ruhestandseinkommen bei frühem Renteneintritt«, dürften nicht mehr zu halten sein, wenngleich sie sich sicherlich positiv auf die derzeitige ökonomische Lage der Senioren und damit auch der Seniorenwirtschaft ausgewirkt haben.

Die Beschäftigungsquoten Älterer (45 bis 64 Jahren) variieren erheblich zwischen den verschiedenen Ländern: Italien hat mit knapp 50 Prozent die niedrigste, Schweden mit gut 77 Prozent die höchste Quote, während Deutschland mit rund 58 Prozent im unteren Mittelfeld liegt. Für alle Länder gilt die Aussage, dass hochqualifizierte Ältere deutlich länger arbeiten als niedrig qualifizierte Ältere und die Beschäftigungsquoten älterer Frauen deutlich niedriger liegen als die der älteren Männer.

Ohne eine tief greifende Wende auf dem Arbeitsmarkt dürften auch die Erwerbsquoten in der Altersklasse 60 bis unter 65 Jahre kaum stark ansteigen (trotz aller politischen Empfehlungen und Gesetze). Schaut man sich die Erwerbsquoten der Älteren getrennt nach West- und Ostdeutschland an, dann fallen deutliche Unterschiede auf: Während im Jahr 2000 in den »alten« Bundesländern die Erwerbsquoten bei den 60 bis unter 65-Jährigen bei 24 Prozent lagen (im Jahr 1995 bei 22,8%), liegen diese in den »neuen« Bundesländern bei 14,8 Prozent (dramatisch gesunken waren sie auf 8,8% im Jahr 1992).

Nur jedes dritte Unternehmen stellt laut einer ganz aktuellen Studie einer Münchner Unternehmensberatung Mitarbeiter ein, die älter als 48 Jahre sind, wenngleich zwei Drittel die breiten beruflichen Erfahrungen und Netzwerke lobten (vgl. Weserkurier v. 16.9. 04; hierzu auch Bellmann u.a. 2003). Die Partizipation der Älteren am Erwerbsleben muss aufgrund der betrieblichen Ausleseprozesse vergleichsweise marginal bleiben, was auch zunehmend in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Rund 50 Prozent glaubten in einer Befragung, dass die Berufs- und Lebenserfahrung der Älteren nicht genug honoriert würde (vgl. *Die Zeit* v. 16.9.2004: 3 und 28ff.).

»Wirtschaftskraft Alter«

Zu den bislang nicht ausgeschöpften Potenzialen des demografischen Wandels zählt schließlich – und darauf soll im Folgenden die Konzentration liegen – die wachsende Bedeutung der Seniorenwirtschaft mit all ihren Facetten. Dieser sozial- und beschäftigungspolitische Perspektivwechsel wird unterstützt durch die Debatten um mehr individuelle Vorsorge im Bereich der Alterssicherung, aber auch der Gesundheit. Trotz der Passivierungstendenzen des traditionellen deutschen Wohlfahrtsstaates und der damit verbundenen »Drogenwirkungen« (vgl. Offe 1995) scheint sich die Haltung der Bevölkerung zu grundlegenden Reformen der sozialen Sicherungssysteme – glaubt man empirischen Umfragen – zunehmend in Richtung zu mehr Eigenverantwortung zu entfalten.

Diese empirisch gestützte These über die Verschiebung der Relationen zwischen den Ordnungsmechanismen Staat und Markt verweist darauf, dass der demografische Wandel zwar zu strukturellen Herausforderungen und auch Umbauplänen für die Architektur der traditionellen Sicherungssysteme führt, jedoch nicht nur als Belastung thematisiert werden darf, weil dadurch einerseits die politischen Gestaltungsoptionen (Reformen) als auch die schon heute vorfindbaren »Gewinnerbranchen«, die von der stärkeren Eigenverantwortung der älteren Bevölkerung profitiert haben, vernachlässigt werden. Dass diese Verdrängung gerade in Deutschland mit der Tradition eines passivierenden, etatistisch-korporatistisch ausgeprägten Sozialstaatsmodells und strukturellen Problemen bei der beschäftigungspolitischen Erschließung des Dienstleistungssektors (vgl. Heinze/Streeck 2000, 2003) besonders erfolgreich war, ist eigentlich nicht überraschend. Dennoch gab es in den letzten Jahren eine Gegenbewegung, bei der der demografische Faktor auch als Erfolgsfaktor für einen Boom in der Gesundheitswirtschaft ausgemacht wurde. Zunehmend werden Ältere auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und sozialen Potenziale betrachtet und geraten als Konsumenten in das Visier verschiedener Wirtschaftsbranchen und damit auch des Marketings. Tatsächlich besaßen historisch betrachtet Ältere noch nie eine größere Marktmacht als heute. Auch neueste empirisch abgesicherte Studien über die Einkommenslagen, -dynamik sowie Vermögen und Verschuldung beschreiben diese Zielgruppe als eine auch wirtschaftlich relevante Gruppe, deren materielle Ressourcen sich zudem in den nächsten Jahren schon aufgrund des demografischen Wandels erheblich erhöhen – Experten schätzen, dass mehr als die Hälfte des gesamten Nettogeldvermögens bei den gut versorgten älteren Haushalten liegt.

Im Folgenden können nur einige Aspekte dieser Neuthematisierung des demografischen Wandels vor dem Hintergrund einer wirtschaftssoziologischen Betrachtung kurz diskutiert werden (vgl. auch Heinze 2004 sowie Hilbert u.a. 2004). Ein Hauptaugenmerk der Argumentation wird darauf gelegt, den demografischen Wan-

del (im Folgenden fokussiert auf den Altersstrukturwandel) bei allen nicht zu bestreitenden Herausforderungen nicht nur als Belastung zu diskutieren. Der »Schrumpfungsprozess« sollte auch aus sozialwissenschaftlicher Sicht als Herausforderung begriffen und in seinen Gestaltungsoptionen begleitet werden! Ausgangspunkt dieser These ist, dass im Altern der Bevölkerung nicht nur Risiken, sondern auch Chancen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung liegen, welche – durch entsprechende Handlungskonzepte gestaltet – Wertschöpfungs- und Wachstumsprozesse generieren können (vgl. zusammenfassend Hilbert/Naegele 2002 sowie Scharfenorth 2004).

Folgende Trends zeichnen sich ab:

- Die alternde Gesellschaft schafft auch Nachfrage, so insbesondere nach sozialen Dienstleistungen, in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Gesundheitswirtschaft, Fitness, Wellness, Reisen etc.
- Ältere Menschen sind als »KundInnen« interessanter und anspruchsvoller geworden. Sie verfügen über eine deutlich gestiegene Kaufkraft, oftmals über hohes Vermögen, legen Wert auf Selbständigkeit, Gesundheit und vor allem Lebensqualität. Gegenüber früheren Generationen sind in diesen Veränderungen relevante wirtschaftliche Potenziale zu sehen.
- Es gibt zudem erste Ansätze der Seniorenwirtschaft auf Länderebene (etwa in Nordrhein-Westfalen), die auf die wirtschaftlichen Folgewirkungen des demografischen Wandels hinweisen (vgl. Hilbert u.a. 2003, 2004). Allerdings müssen der veränderten Nachfrage noch viel stärker als bisher maßgeschneiderte Angebote gegenübergestellt werden; die wirtschaftlichen wie auch die soziokulturellen Potenziale sind bislang nur ansatzweise erschlossen. Benötigt wird eine aktivierende »Clusterpolitik«, die sich an den jeweiligen regionalen Kompetenzen der Akteure orientiert.
- Zentral dürfte für die Gruppe der Älteren die »Zersplitterung« der soziokulturellen und -ökonomischen Milieus sein. Insgesamt ergibt sich daraus, dass die sozialen Unterschiede innerhalb der Generationen stärker zunehmen (dürften) als »die Differenzen zwischen den Generationen – die künftigen Erbschaften werden dazu beitragen, der Rückbau des Sozialstaats und die Veränderungen im Gesundheitssystem« (Niejahr 2004: 3).

Wenn die Wirkungen des soziodemografischen Wandels in Deutschland thematisiert werden, so muss auch konstatiert werden, dass sich insbesondere die personenbezogenen Dienste zu wichtigen Beschäftigungsfeldern profiliert haben. Ihr Wachstum geht auf gesellschaftliche Wandlungs- und Differenzierungstrends (auch die Alterungsprozesse und den Wandel der Familien und Haushalte) zurück, die zu einer Auslagerung von Diensten aus dem familiären und häuslichen Bereich geführt haben. Angesicht der zunehmenden Pluralisierung und Individualisierung der Ge-

sellschaft reflektieren viele Theorien des Wohlfahrtsstaates nicht hinreichend die enorme Vielfalt der Orte der Wohlfahrtsproduktion. Soziale Sicherung wird weder allein vom Staat noch allein von privaten oder gesellschaftlichen Institutionen gewährleistet, hinzu kommt ganz zentral in den letzten Jahren die Tendenz zu *Dienstleistungs- oder Wohlfahrtsmärkten*. Auf diesen Sozialmärkten wird allerdings aus dem traditionellen Klienten in wachsendem Maße ein Verbraucher oder Kunde, was auch weitgehende Veränderungen für die staatliche Sozialpolitik impliziert (bspw. neben der traditionellen Politik der Fortführung und Reform der weiterhin bedeutsamen Sozialleistungssysteme eine Marktförderungs- und Regulationspolitik aufzubauen).

Innerhalb des neu gestalteten wohlfahrtsstaatlichen Arrangements muss gewährleistet werden, dass sich die Stärken und Schwächen der verschiedenen Träger sozialer Dienstleistungen optimal ergänzen, anstatt sich nieder zu konkurrieren. Der zukünftige Sozialstaat kann dementsprechend nicht alternativ als Frage des Etatismus oder der Privatisierung diskutiert, sondern muss als Problem der innovativen Vermischung aufgefasst und politisch gesteuert werden. Die Frage nach Kooperation, Vernetzung und mehr Wettbewerb und Management sozialer Dienstleistungen auf kommunaler Ebene wird eine der Schlüsselfragen im Bereich der Sozialpolitik werden. Die bisher separaten, nebeneinander stehenden Einrichtungen müssen so vernetzt werden, das Reibungsverluste verhindert und Ressourcen gebündelt werden (vgl. Heinze 2002). In diesem Prozess spielt der Staat weiterhin eine wichtige Rolle, aber eher als Aktivator und Regulator, der zudem die Infrastruktur zur Nutzung von mehr eigeninitiierten und selbstorganisierten »Spielräumen« bereithält. Gleichzeitig müssen die öffentlichen Institutionen (also auch massiv die Wohlfahrtsverbände) im Sinne eines neuen Managements sozialer Sicherheit einen Paradigmenwechsel von bürokratischer Organisation und Planung hin zu einer Rolle als Vernetzungsinstanz und Koordinatoren vollziehen.

Die Gesundheitspolitik vermittelt zwar immer wieder den Eindruck, sie sei der wichtigste und ausschlaggebende Bereich für die *Zukunftsfähigkeit der Gesundheitswirtschaft*, jedoch übersieht dies, dass die für den Ausbau der Leistungen, für Wachstum und Beschäftigung erforderlichen Innovationsleistungen »vor Ort« in den Gesundheitsregionen erbracht werden müssen und dass auch die Einrichtungen des Gesundheitswesens sich verstärkt für eigene Innovationsmöglichkeiten interessieren, um sich neue Perspektiven zu erarbeiten. Auch im Hinblick auf den Ausbau gesundheitsbezogener Angebote in den Nachbarbranchen des Gesundheitswesens (Sport, Freizeit, Tourismus) scheint Zusammenarbeit eine viel versprechende Perspektive zu sein. Zum Beispiel liegt in der Verknüpfung von Wohnen und Gesundheitsleistungen ein interessantes Wachstumssegment. Es wird oft in der Öffentlichkeit (und auch der Wissenschaft) aufgrund unseres klassischen Bildes, das zumeist Alter mit Hilfsbedürftigkeit gleichsetzt, nicht erkannt, dass nur unter fünf Prozent

der Gruppe der über 65-Jährigen in Heimunterkünften leben. Die meisten Älteren möchten so lange wie möglich in ihrer Wohnung oder ihrem Haus verweilen und deshalb ist es auch leicht nachzuvollziehen, dass die Ausgaben für Wohnungsinstandsetzungen etc. aufgrund der veränderten Ansprüche und Bedürfnisse an das Wohnen im Alter deutlich ansteigen. Wohnen im Alter ist also ein Wachstumsmarkt in vielen Dimensionen, der zudem noch andere interessante technologische Innovationen zur Anwendung bringen kann (bspw. im Rahmen von »intelligenten Häusern«).

Langsam orientiert sich die Politik auch in Deutschland vom Prinzip der Statuskonservierung um in Richtung auf mehr Eigenverantwortung. Der Umbau des bundesrepublikanischen Sozialstaates sollte sich jedoch nicht am Leitbild der minimalistischen Version (etwa an den selektiven Sozialstaatsinstitutionen des angelsächsischen Wohlfahrtskapitalismus) orientieren, sondern muss – basierend auf seinen Stärken – neue Innovationsschwerpunkte (etwa in der Gesundheitswirtschaft) kreieren, die sowohl sozial integrierend als auch beschäftigungsfördernd wirken. Nur so kann ein Ausbruch aus der Sackgasse gelingen, in die sich die defensiv geführten Diskussionen um die hohen Kosten des Wohlfahrtsstaates oder aktuell um die Probleme einer »ergraubenden« Gesellschaft manövriert haben.

In diesem Prozess der gesellschaftlichen und politischen Transformation des traditionellen Sozialstaats und des Übergangs zu »Wohlfahrtsmärkten« kann die Soziologie durchaus eine relevante Rolle spielen, die über den Status des »Beobachten von Beobachtungen« hinausgeht. »In ihrem Kern erfolgt durch diese Transformation eine Ausweitung der Märkte und eine Entscheidungsverlagerung von der Politik zu Märkten als Mechanismen der Koordination. Damit werden viele bedeutende Fragen für die Soziologie erneut aufgeworfen. Die Liberalisierung von Märkten hat weit reichende Auswirkungen auf die Möglichkeit der Politik, Ressourcen für Umverteilungszweck zu generieren. Fragen kultureller Identität stellen sich neu« (Beckert 2002: 24; vgl. auch Heinze 2002). Und nicht nur diese Themen sind im Feld des demografischen Wandels aus sozialwissenschaftlicher Perspektive zu analysieren, es geht auch um die wirtschaftsstrukturellen Verschiebungen und deren individuelle Bewältigungsstrategien, die mit der sozialen Neukonstruktion des Alters und des Alterns verbunden sind.

Literatur

- Beckert, J. (2002), »Das Beobachten von Beobachtungen ist nicht genug«, *Frankfurter Rundschau*, 8.10.2002.
- Beckert, J. (2003), »Wer niemals strebend sich bemüht hat, den können wir besteuern«, *FAZ*, 10.6.2003.
- Bellmann, L./Kistler, E./Wahse, J. (2003), »Betriebliche Sicht- und Verhaltensweisen gegenüber älteren Arbeitnehmern«, *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 20), S. 26ff.
- Birg, H. (2003), Dynamik der demographischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland, *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 20), S. 6ff.
- Brinkmann/Schnee, M. (2003), »Eigenverantwortung im Gesundheitswesen«, in: Böcken, J./Braun, B./Schnee, M. (Hg.), *Gesundheitsmonitor 2003, Die ambulante Versorgung aus Sicht von Bevölkerung und Ärzteschaft*, Gütersloh, S. 85ff.
- Bullinger, H.-J. (Hg.) (2001), *Zukunft der Arbeit in einer alternden Gesellschaft*, Stuttgart.
- Cirkel, M./Hilbert, J./Schalk, C. (2004), *Produkte und Dienstleistungen für mehr Lebensqualität im Alter*, Expertise (IAT/DZA), Gelsenkirchen/Berlin.
- Clemens, W./Backes, G.M. (Hg.) (1998), *Altern und Gesellschaft*, Opladen.
- Enquete-Kommission (2002), *Demographischer Wandel – Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik*, Berlin.
- Fretschner, R./Grönemeyer, D./Hilbert, J. (2002), Die Gesundheitswirtschaft – ein Perspektivenwechsel in Theorie und Empirie, *LAT-Jahrbuch 2002*, Gelsenkirchen, S. 33ff.
- Grönemeyer, D.H.W. (2001), *Medizin in Deutschland. Standort mit Zukunft*, Berlin.
- Hartmann, M. (2004), »Lange Narkose, verwirrtes Erwachen«, *Die Zeit*, 30.9.2004.
- Heinze, R.G. (2002), *Die Berliner Räterepublik. Viel Rat – wenig Tat?*, Wiesbaden.
- Heinze, R.G., (2004), Sozialpolitik vs. Zukunftspolitik? Zum Verhältnis von Sozialstaatskosten und Innovationsförderung, in: Steinmeier, F.W./Machnig, M. (Hg.), *Made in Germany '21*, Hamburg, S. 563 ff.
- Heinze, R.G./Helmer-Denzel, A. (2004), »Beschäftigungspfade durch den Dienstleistungsdschungel – am Beispiel der Fitnessbranche«, *Soziale Welt*, H. 1, S. 7ff.
- Heinze, R.G./Olk, Th. (Hg.) (2001), *Bürgerengagement in Deutschland*, Opladen.
- Heinze, R.G./Streeck, W. (2000), »Institutionelle Modernisierung und Öffnung des Arbeitsmarktes: Für eine neue Beschäftigungspolitik«, in: Kocka, J./Offe, C. (Hg.), *Geschichte und Zukunft der Arbeit*, Frankfurt a.M./New York, S. 234ff.
- Heinze, R. G./Streeck, W. (2003), »Optionen für den Einstieg in den Arbeitsmarkt oder: Ein Lehrstück für einen gescheiterten Politikwechsel«, *Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung*, H. 1, S. 25ff.
- Heinze, R.G. u.a. (1997), *Neue Wohnnung auch im Alter*, Darmstadt (Schader Stiftung).
- Herfurth, M./Kohli, M./Zimmermann, K.F. (Hg.) (2003), *Arbeit in einer alternden Gesellschaft*, Opladen.
- Hilbert, J. u.a. (2003), *Gesundheitswirtschaft in Ostwestfalen Lippe*, Bielefeld.
- Hilbert, J./Naegele, G. (2002), »Dienstleistungen für mehr Lebensqualität im Alter«, in: Bosch, G. u.a. (Hg.), *Die Zukunft von Dienstleistungen*, Frankfurt a.M./New York.
- Hilbert, J. u.a. (2004), »Industrial clusters and the governance of change: lessons from North Rhine-Westphalia«, in: Cooke, P. u.a. (Hg.), *Regional Innovation Systems: The role of governance in a globalized world*, London/New York, S 234ff.

- Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.) (2004), *Perspektive 2050. Ökonomik des demografischen Wandels*, Köln.
- Kohli, M. (1998), »Alter und Altern der Gesellschaft«, in: Schäfers, B./Zapf, W. (Hg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, Opladen, S. 1ff.
- Naegele, G. (2001), »Demographischer Wandel und »Erwerbsarbeit«, *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 3–4), S. 3ff.
- Naegele, G. (2004a), *Zwischen Arbeit und Rente. Gesellschaftliche Chancen und Risiken älterer Arbeitnehmer*, Augsburg.
- Naegele, G. (2004b), »Verrentungspolitik und Herausforderungen des demografischen Wandels in der Arbeitswelt. Das Beispiel Deutschland«, in: Cranach, M.v. u.a. (Hg.), *Ältere Menschen im Unternehmen. Chancen, Risiken, Modelle*, Bern, S. 189ff.
- Naegele, G./Tews, H.P. (Hg.) (1993), *Lebenslagen im Strukturwandel des Alters. Alternende Gesellschaft – Folgen für die Politik*, Opladen.
- Niejahr, E. (2004), »Wenn die Alten jünger werden«, *Die Zeit*, 16.9.2004, S. 3.
- Offe, C. (1995), »Schock, Fehlkonstrukt oder Droge? Über drei Lesarten der Sozialstaatskrise«, *Jahrbuch Arbeit und Technik 1995* (»Zukunft des Sozialstaats«), Bonn, S. 31ff.
- Olk, Th. (2003), *Modernisierung des Engagements im Alter – Vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement?*, Ms. Universität Halle-Wittenberg.
- Opaschowski, W. (2003), *Der Generationenpakt. Das soziale Netz der Zukunft*, Darmstadt.
- Rohleder, C./Bröscher, P. (2002), *Freiwilliges Engagement älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen (Band 1: Ausmaß, Strukturen und sozialräumliche Voraussetzungen)*, Düsseldorf.
- Scharfenorth, K. (2004), *Mit dem Alter in die Dienstleistungsgesellschaft?*, München.
- Schirmmayer, F. (2004), *Das Methusalem-Komplott*, München.
- Sloterdijk, P. (2004), *Sphären III. Schäume*, Frankfurt a.M.
- Streck, W. (2004), »Der amerikanisierte Arbeitsmarkt«, *Frankfurter Rundschau* (Dokumentation), 12.6.2004.
- Weymann, A. (1998), *Sozialer Wandel*, Weinheim/München.